

Dringliche Anfrage

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 08.09.2008

Initiativen der Landesregierung gegen die Fahrpreiserhöhung der Deutschen Bahn AG - Höhere Fahrpreise und teurere Bahncards

Bahnkunden in Deutschland sollen nach dem Willen der Deutschen Bahn AG vom 14. Dezember 2008 an tiefer in die Tasche greifen. Die Deutsche Bahn AG kündigte am 29. August 2008 Fahrpreisanstiege um durchschnittlich 3,9 % an. Bahncards sollen durchschnittlich 3,6 % mehr kosten. Es ist bereits die elfte Fahrpreiserhöhung der Deutschen Bahn AG seit Beginn der ersten, organisatorischen Stufe der Bahnreform im Jahr 1994, mit der die Bahnprivatisierung eingeleitet wurde.

Wer seine Fahrkarten für ICE und Intercity nicht am Automaten oder im Internet kauft, sollte im Reisezentrum zusätzlich 2,50 Euro für einen sogenannten Bedienzuschlag pro Strecke zahlen. Vor allem für ältere Menschen, die kein Internet haben und die komplizierte Handhabung der Fahrkartenautomaten nicht beherrschen, wäre der Bedienzuschlag in ihren Augen eine Strafgebühr gewesen. Erst unter dem massiven Protest der Öffentlichkeit rückte der Vorstand der Deutschen Bahn AG in einer Krisensitzung am 12. September 2008 von der Einführung des Bedienzuschlages ab und teilte im Ergebnis mit, „keinen Zuschlag für den personenbedienten Verkauf einzuführen.“

Für die Fahrpreiserhöhungen gibt es angesichts der positiven Ertragsentwicklung der Deutschen Bahn AG keinen betriebswirtschaftlichen Grund. Offenbar soll die Deutsche Bahn AG mit dieser Preispolitik auf dem Rücken der Bahnkunden für den Börsengang fit gemacht werden. Damit will sich die Deutsche Bahn AG nach Auffassung fachkundiger Beobachter im Zuge der Kapitalprivatisierung vom Prinzip der Kundenorientierung verabschieden und sich allein von der Rendite für die Aktionäre leiten lassen. Mit der Vorgabe des Grundgesetzartikels 87 e, wonach dem Wohl der Allgemeinheit Rechnung zu tragen ist, hat dieses Vorgehen der Deutschen Bahn AG in den Augen dieser Beobachter nichts mehr im Sinn.

Die angekündigten Fahrpreiserhöhungen erfolgen in einem Umfeld, in dem gleichzeitig die Bundesregierung den Gesetzentwurf des Bundesrates vom 23. Mai 2008 zur Sicherstellung von Eisenbahninfrastrukturqualität und Fernverkehrsangebot (Bundesratsdrucksache 315/08) ablehnt. Damit werden den Bundesländern, darunter dem Land Niedersachsen, gesetzlich verbriefte Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte einschließlich einer Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung im Zuge der Teilprivatisierung der Bahn verweigert. Gibt es diese ergänzenden gesetzlichen Regelungen nicht, besteht auch nach Expertenmeinung die Gefahr, dass die Bundesländer bald kein Geld mehr für den erforderlichen Erhalt und Ausbau des Schienennetzes haben.

Vor dem Hintergrund dieser Situation fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die jetzt angekündigte bereits elfte Fahrpreiserhöhung der Deutschen Bahn AG seit Beginn der Bahnprivatisierung angesichts der guten Ertragsentwicklung des Verkehrsunternehmens und einer insgesamt moderaten allgemeinen Preissteigerungsrate im Zeitraum der vergangenen 14 Jahre?
2. Welche Zusammenhänge sieht sie zwischen den von der Deutschen Bahn AG für den 14. Dezember 2008 angekündigten Fahrpreiserhöhungen und dem im Rahmen der Kapitalprivatisierung des Unternehmens vorgesehenen Börsengang im Herbst des Jahres 2008?
3. Welche Schritte hat sie nach Bekanntwerden der Ablehnung des Gesetzentwurfs des Bundesrates zur Sicherstellung von Eisenbahninfrastrukturqualität und Fernverkehrsangebot seitens der Bundesregierung für die Wahrung gesetzlich verbriefteter Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte der Länder im Rahmen der Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG gegenüber

der Bundesregierung unternommen, und welche weiteren Maßnahmen sind seitens der Landesregierung vorgesehen?

Christa Reichwaldt
Parlamentarische Geschäftsführerin